

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Egon Susset, Meinolf Michels, Dietrich Austermann, Peter Bleser, Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Albert Deß, Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein, Dr. h.c. Adolf Herkenrath, Siegfried Hornung, Ulrich Junghanns, Bartholomäus Kalb, Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz), Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese), Günter Marten, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Dr. Hedda Meseke, Günther Scharzt (Trier), Jochen Borchert, Hartmut Büttner (Schönebeck), Rosemarie Priebus, Rudolf Kraus, Heinz-Jürgen Kronberg, Helmut Lamp, Karl-Josef Laumann, Walter Link (Diepholz), Dr. Reinhard Meyer zu Bentrup, Dr. Peter Ramsauer, Kurt J. Rossmanith, Hans Peter Schmitz (Baesweiler), Joachim Graf von Schönburg-Glauchau, Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten, Reinhard Freiherr von Schorlemer, Dr. Fritz Wittmann, Elke Wülfing, weitere Abgeordnete und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ulrich Heinrich, Günther Bredehorn, Johann Paintner, Jürgen Türk und der Fraktion der FDP

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksachen 12/70, 12/71 —

Agrarbericht 1991

Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß

- die Gewinne der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe in den alten Bundesländern im Wirtschaftsjahr 1989/90 zwar noch angestiegen sind, für das laufende Wirtschaftsjahr 1990/91 jedoch wieder mit einem drastischen Gewinnrückgang – vor allem infolge niedrigerer Erzeugerpreise bei den wichtigsten Produkten und höherer Betriebsmittelpreise – zu rechnen ist;**
- der Einkommensabstand zu anderen Wirtschaftsbereichen, der sich verringert hatte, sich im laufenden Wirtschaftsjahr wieder ausweitete;**

- der Preisdruck zu einer unbefriedigenden Einkommenssituation mit der Folge der Existenzgefährdung vieler landwirtschaftlicher Betriebe geführt hat, ohne das preismindernde Überschußproblem zu beseitigen;
- die unbefriedigende Einkommensentwicklung durch die berechtigte Sorge der Landwirte vor weiteren massiven Einkommensbelastungen infolge der angekündigten Reform der EG-Agrarpolitik und der GATT-Verhandlungen verschärft wird;
- die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern einen einschneidenden Umstrukturierungsprozeß zu bestehen und gewaltige Anpassungsprobleme zu meistern hat.

2. Der Deutsche Bundestag erkennt an, daß

- die Bundesregierung den Anpassungs- und Umstrukturierungsprozeß der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern mit einem umfangreichen Bündel von Maßnahmen der Markt-, Struktur- und Sozialpolitik unterstützt hat und weiter fördert;
- die Bundesregierung in diesem Zusammenhang umfangreiche finanzielle Hilfen insbesondere für die Neugründung von selbständigen landwirtschaftlichen Betrieben und von Kooperationen auf privatwirtschaftlicher Basis sowie zur Umstrukturierung und zur Marktentlastung zur Verfügung gestellt hat und weiter bereitstellt;
- die Novelle des in den neuen Bundesländern geltenden Landwirtschaftsanpassungsgesetzes eine Orientierung für den schwierigen Anpassungsprozeß der landwirtschaftlichen Betriebe gibt, Klarheit für die vermögensrechtliche Auseinandersetzung schafft und damit die Anpassung der landwirtschaftlichen Betriebe in geordnete Bahnen lenkt;
- die Bundesregierung in den alten Bundesländern mit der Beseitigung des Referenzmengenüberhanges und der Flexibilisierung der Garantiemengenregelung wichtige Maßnahmen zur Sanierung des Milchmarktes ergriffen und dafür umfangreiche Finanzmittel eingesetzt hat;
- die Regelung zum Bezeichnungsschutz im Milch- und Margarinegesetz die Voraussetzung für die eindeutige Unterscheidbarkeit reiner Milchprodukte von Milchimitaten im Interesse der Verbraucher bietet;
- die Bundesregierung durch das Forstschäden-Ausgleichsgesetz und mit Hilfe eines Bund-Länder-Hilfsprogramms in Höhe von 600 Mio. DM die im Jahre 1990 von katastrophalen Sturmschäden belastete Forstwirtschaft unterstützt hat;
- mit dem Gesetz über den Forstabsatzfonds die gesetzliche Basis geschaffen worden ist, um die zentrale und effiziente Absatzförderung bei Holz fortzusetzen;
- die im Weingesetz verankerte Ertragsregulierung um die Klarstellung der zulässigen Verwertung von Übermengen

und um das Verwendungsverbot von Rektifiziertem Traubenmost-Konzentrat ergänzt worden ist;

- mit dem 4. Agrarsozialen Ergänzungsgesetz ein weiterer Schritt zu mehr Beitragsgerechtigkeit und zu einer besseren Alterssicherung der Landwirte unternommen worden ist;
- die Bundesregierung im gesamten Bundesgebiet große Anstrengungen unternommen hat, mit umfangreichen Hilfen zu einer Stabilisierung der Einkommen beizutragen und den schwierigen Anpassungsprozeß in der Landwirtschaft abzufedern;
- im Rahmen der Preisbeschlüsse für das Wirtschaftsjahr 1991/92 die von der Bundesregierung vertretene Strategie der Mengenbegrenzung bei den übrigen Mitgliedstaaten Zustimmung gefunden hat und damit eine konstruktive Basis sowohl für die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik als auch für die GATT-Verhandlungen geschaffen werden konnte.

3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in Brüssel dafür einzutreten,

- zur Mengenrückführung bei Milch einen an den Marktmöglichkeiten orientierten Quoten-Herauskauf der EG mit Gemeinschaftsmitteln durchzuführen;
- die Mitverantwortungsabgabe für Milch sobald wie möglich abzuschaffen;
- im Rahmen der GATT-Verhandlungen einen ausreichenden Außenschutz der EG-Landwirtschaft aufrechtzuerhalten und GATT-bedingte Einkommenseinbußen der landwirtschaftlichen Betriebe auszugleichen;
- eine ausgewogene und sachbezogene Neuorientierung der Agrarpolitik unter maßgeblicher Betonung mengenbegrenzender und absatzfördernder Maßnahmen zur Marktentlastung einzuleiten;
- die Politik der Produktionsrückführung vor allem über Flächenstilllegung, Extensivierung sowie Umwidmung von landwirtschaftlichen Flächen zu verstärken, dabei die EG-Mitgliedstaaten stärker in die Verantwortung für die Rückführung der Produktion einzubeziehen und für eine gleichgewichtige Teilnahme der EG-Mitgliedstaaten an der Mengenrückführung zu sorgen, um so eine wirksame Marktentlastung in der EG zu bewirken;
- daß die EG-Kommission die auf EG-Ebene beschlossenen Maßnahmen zur Absatzförderung aufgreift und praxisgerechte Vorschläge für die Mehrverwendung von Getreide im Futtersektor in Verbindung mit einer befriedigenden Substitutenregelung sowie für den verstärkten Einsatz nachwachsender Rohstoffe unterbreitet;
- für die deutsche Landwirtschaft gleiche Wettbewerbsbedingungen in der EG zu schaffen, vor allem eventuelle aufwer-

tungs- und umweltbedingte Nachteile der deutschen Landwirtschaft auszugleichen;

- die EG-Harmonisierung bei der Zulassung und Anwendung von Pflanzenschutz, Düngung, Energie und anderen Betriebsmitteln in der Weise voranzutreiben, daß sie ein langfristiges Fundament für gleiche Wettbewerbsbedingungen bildet und gleichzeitig insbesondere bei Pflanzenschutz- und Düngemitteln ein hohes Schutzniveau für Mensch, Tier und Naturhaushalt sichert (z.B. die Übernahme der deutschen Verbote der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung auf EG-Ebene);
- die hohen Qualitätsstandards für deutsche Nahrungsmittel EG-weit zu sichern.

4. Der Deutsche Bundestag ersucht die Bundesregierung,

- in den alten Bundesländern eine weitere Flexibilisierung der Garantiemengenregelung Milch voranzutreiben;
- im gesamten Bundesgebiet die angekündigte Reform des agrarsozialen Sicherungssystems durchzuführen und dabei eine bessere soziale Sicherung der Bäuerinnen anzustreben;
- die Hilfen im Rahmen der 3 prozentigen Umsatzsteuerregelung und des soziostrukturellen Einkommensausgleichs gemeinsam mit den Bundesländern entsprechend ihrer Entschließung zum Agrarbericht 1991 volumenmäßig fortzuführen und so umzugestalten, daß sie EG- und GATT-konform sind;
- auf der Absatzseite alle Möglichkeiten der Marktentlastung zu nutzen, insbesondere die verschiedenartigen Absatzchancen für nachwachsende Rohstoffe konsequenter als bisher zu erschließen;
- zur Verbesserung des Umweltschutzes spezielle Verwendungsgebote für Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen, z. B. Treib- und Schmierstoffe, einzuführen;
- den Einsatz umweltfreundlicher nachwachsender Rohstoffe steuerlich zu begünstigen, insbesondere im Rahmen der Steuerharmonisierung Biotreibstoffe sowohl in reiner Form als auch in Gemischen von Mineralölsteuer freizustellen.

5. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bestrebungen der Bundesregierung,

- ein integriertes Konzept zur Weiterentwicklung und Förderung des ländlichen Raumes vorzulegen;
- bei der Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes eine finanzielle Ausgleichsregelung als Rechtsanspruch der Land- und Forstwirtschaft bei einkommensmindernden Nutzungsbeschränkungen in das Gesetz aufzunehmen und die Finanzierung durch die Bundesländer abzusichern;
- zu prüfen, ob durch eine Novellierung des Absatzfondsgesetzes eine breitere Produktpalette umfaßt, eine stärkere

Ausrichtung auf die Produktqualität ermöglicht und mehr Flexibilität bei der Beitragsgestaltung erreicht werden kann.

Bonn, den 12. Juni 1991

Egon Susset
Meinolf Michels
Dietrich Austermann
Peter Bleser
Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Albert Deß
Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein
Dr. h.c. Adolf Herkenrath
Siegfried Hornung
Ulrich Junghanns
Bartholomäus Kalb
Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz)
Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese)
Günter Marten
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Dr. Hedda Meseke
Günther Scharzt (Trier)
Jochen Borchert
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Rosemarie Priebus
Rudolf Kraus
Heinz-Jürgen Kronberg
Helmut Lamp
Karl-Josef Laumann
Walter Link (Diepholz)
Dr. Reinhard Meyer zu Bentrup
Dr. Peter Ramsauer
Kurt J. Rossmanith
Hans Peter Schmitz (Baesweiler)
Joachim Graf von Schönburg-Glauchau
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Dr. Fritz Wittmann
Elke Wülfig
Dr. Walter Franz Altherr
Wolfgang Dehnel

Gertrud Dempwolf
Renate Diemers
Maria Eichhorn
Ilse Falk
Dr. Karl H. Fell
Hans-Joachim Fuchtel
Johannes Ganz (St. Wendel)
Ernst Hinsken
Claus Jäger
Susanne Jaffke
Karin Jeltsch
Dr. Egon Jüttner
Franz Heinrich Krey
Christian Lenzer
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Theo Magin
Dr. Dietrich Mahlo
Hans-Werner Müller (Wadern)
Engelbert Nelle
Helmut Sauer (Salzgitter)
Roland Sauer (Stuttgart)
Heribert Scharrenbroich
Michael von Schmude
Heinrich Seesing
Wilfried Seibel
Karl-Heinz Spilker
Benno Zierer
Wolfgang Zöllner
Dr. Alfred Dregger
Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Ulrich Heinrich
Günther Bredehorn
Johann Paintner
Jürgen Türk
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

